

Dieselöl Benzin

HEIZOELHAURI

Th. Hauri Brennstoffe AG
Wehntalerstrasse 366 8046 Zürich
Telefon 044 371 27 75 / 371 28 88

Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND
PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

Eidgenössische Politik <i>Wachsam bleiben und Unabhängigkeit verteidigen</i> Seite 2	Kanton Zürich <i>Massvolle und zeitgemässe Bürobedarfsplanung für kantonales Personal</i> Seite 3	Aktuell <i>Kandidatur Stadtrat: Roland Scheck und Stephan Iten einstimmig nominiert</i> Seite 4–5	Parlamentsgemeinden <i>Winterthur mit links-grüner Symptombekämpfung</i> Seite 6	Veranstaltungs-Tipp <i>SVP-Schiessen Weiningen</i> Seite 8
---	--	--	---	---

99%-INITIATIVE ALS WEITERES «PRODUKT» EINER UNBELEHRBAREN JUSO

Nicht ganz Hundert

Die 99%-Initiative der JUSO ist Ausdruck einer totalen Verblödungstheorie, welche die Schweiz in die Armut stürzen würde. Man könnte böse sagen, dass die Initianten nicht ganz Hundert sind, aber wir wollen nicht polemisch werden.



Mir den vielen goldenen Eiern wird es ein jähes Ende haben, sollten Vorlagen wie die 99%-Initiative durchkommen.

Bild dreamstime

Die Initiative will Kapitaleinkommen (Zinsen und Dividenden) höher besteuern und damit die Steuerbelastung für Personen mit tiefen und mittleren Arbeitseinkommen senken und die soziale Wohlfahrt steigern. Lisca Boscolo, Master-Studentin der Soziologie und SP-Gemeinderätin, ist dafür genauso wie Aymeric Dallinge, Sozialarbeiter.

Nur haben sich die weltfremden JUSO-Befürworter nicht viel dabei überlegt. Man will 1 Prozent der angeblich Privilegierten noch höher besteuern, da

diese angeblich zu wenig Steuern bezahlen. Sie vergessen dabei, dass dieses 1 Prozent der Reichsten 24 Prozent der gesamten Steuerzahlungen aufbringt. (Quelle SRF Kultur). Was würde mit einer solchen Initiative erreicht? Kapitaleinkommen wird aus der Schweiz in grossem Masse abwandern, womit die einträglichste Quelle für Steuereinnahmen verstiegen würde. Die 50 Prozent Ärmsten bezahlen lediglich 10 Prozent der Steuereinnahmen. (Quelle SRF). Ganz einfach ausgedrückt, will man

die Gans, die goldene Eier legt, schlachten. Wenn man diese schlachtet, wandert beträchtliches Steuersubstrat unwiederbringlich weg. Dann gibt es gar nichts mehr an die tiefen und mittleren Arbeitseinkommen zu verteilen.

Mit anderen Worten würde bei Annahme dieser Volksinitiative weniger Geld für Soziales vorhanden sein. Sie bewirkt das Gegenteil; die Schweiz würde massiv weniger Steuereinnahmen erzielen, massiv weniger Geld an Investitionen zur Verfügung haben,

welche Arbeitsplätze und Einkommen für den einfachen Arbeiter sichern und zusätzlich die Sozialwerke alimentieren.

Die JUSO ist unbelehrbar. Kein Wunder; das 1.-Mai-Komitee hatte noch vor einigen Jahren den «grossen» Sozialistenführer Hugo Chavez als Redner für

«Kapitaleinkommen wird aus der Schweiz in grossem Masse abwandern.»

Zürich per Video eingeladen. Sein sozialistisches Projekt hat das einst prosperierende Land Venezuela in die Armut und in eine sozialistische Diktatur geführt. Die 99%-Initiative entspricht dem Geist und der Politik von Hugo Chavez. Wo das endet, haben wir gesehen. Der Sozialismus hat noch nie zu Wohlstand geführt. Im Gegenteil; Länder und ganze Bevölkerungen sind im Sozialismus verarmt, weshalb diese Experimente nirgends in der Welt erfolgreich waren.

Schon heute sehr hohe Steuerbelastung der Wohlhabenden

Die Steuerbelastung ist bereits heute für reiche Personen überdurchschnittlich hoch. Wenn 1 Prozent der Reichsten 24 Prozent der Steuern bezahlt, so bedeutet dies nichts anderes, als dass diese schon jetzt massiv zur Kasse gebeten werden. Die Steuerbelastung ist für reiche Personen mit der aktuellen Progression in den Steuertarifen und bei der AHV ausgesprochen hoch, Kapitaleinkommen auf Dividenden massiv belastet. Dies bedeutet, dass Firmen weniger investieren können. Mit einer weiteren Verschärfung würden das Unternehmertum und die Investitionen massiv abnehmen, sodass am Schluss Arbeitnehmer die Leidtragenden sind.

Deshalb gilt es, an der Urne ein NEIN gegen diese Umverteilungsinitiative einzulegen. Sie ist weltfremd, schadet dem Werkplatz Schweiz und vernichtet Steuersubstrat und Tausende von Arbeitsplätzen. Die Jungspunde der JUSO sollten zuerst selber Leistungen erbringen, anstatt sich am Vermögen von bereits heute hoch belasteten Individuen zu bedienen.

Die Zahlen sprechen eine klare Sprache. Wer Investitionen steuerlich noch mehr belastet, vernichtet den Wohlstand. Darunter werden nicht die reichen Personen leiden, sondern die Werktätigen. Wir brauchen keine linken Experimente, welche sich in der Praxis überall auf dieser Welt als Generator für Armut und Wohlstandsverlust erwiesen haben. Die SVP muss sich als

«Wir brauchen keine linken Experimente, welche sich in der Praxis überall auf dieser Welt als Generator für Armut und Wohlstandsverlust erwiesen haben.»

Wirtschaftspartei, welche sich für das Gewerbe und die unternehmerische Freiheit einsetzt, dagegen wehren. Nicht weil wir Pfründe zu verteidigen haben, sondern weil wir den Wohlstand der gesamten Schweizer Bevölkerung im Auge haben.



Alfred Heer
Nationalrat SVP
Zürich

Delegiertenversammlung

Wo: Im Zelt am SVP-Schiessen in Weiningen

mit Abendunterhaltung!

Wann: Samstag, 4. September 2021

SVP-Schiessen bis 18.00 Uhr

Türöffnung der DV 17.00 Uhr

Delegiertenversammlung mit Benjamin Fischer, Therese Schläpfer, Bruno Walliser und vielen mehr

Ghackets mit Hörnli, feine Desserts

Ca. 20.15 Uhr geselliger Parteiabend mit Chanelle und Fredy Schär, bekannt vom Arosa Humorfestival



SVP des Kantons Zürich, 044 217 77 66, sekretariat@svp-zuerich.ch

GOAL GLOSSAR

Klarheit

Klarheit

abgeleitet von klar; <lat.> clarus – «klar, glänzend, hell»

Damit eine Kampagne erfolgreich sein kann, muss sie eine klare Aussage haben. Denn nur so lassen sich die Wählerinnen und Wähler überzeugen, motivieren und gewinnen. Und nur so winkt am Ende ein «glänzender» Abschluss.

Wir freuen uns auf Sie!
Alexander Segert, Geschäftsführer
8450 Andelfingen/ZH, Tel. 043 499 24 00
info@goal.ch, www.goal.ch

GOAL
AG für Werbung und Public Relations
Wir wollen Ihren Erfolg



Christoph
Mörgeli

Konzernförderung statt Medienförderung

Im Juni hat das Parlament ein «Massnahmenpaket» zur Förderung der Medien verabschiedet.

150 Millionen Franken sollen jährlich an Zeitungen, Radio, Fernsehen und Online-Informationen fließen. Wegen fehlender Konsumenten soll's jetzt der Staat richten. Selbstverständlich mit schönen Worten wie «Rahmenbedingungen verbessern», «Angebotsvielfalt in den Regionen stärken» und «Unabhängigkeit erhalten». Unter Federführung von Simonetta Sommaruga (SP) wurde eine Vorlage gezimert, die einem linken Online-Angebot wie der Republik nützt. Eine Vorlage auch, welche die Gratis-Anzeiger von Christoph Blocher trotz ausgiebiger Regionalberichterstattung ausschliesst. Die indirekte Medienförderung durch vergünstigte Postzustellung wird zur direkten «Förderung» von Redaktionen und Inhalten. Die Journalistenschulen werden verstaatlicht.

Von der Medienförderung profitieren die auflagenstarken Verleger, speziell bei der subventionierten Zustellung. Darum haben sie sich in Bern derart ins Zeug gelegt. Besonders jene, die in der Vergangenheit kleinere Regionalblätter rücksichtslos gefressen haben – immer mit Hinweis auf den freien Markt. Mit dieser Medienförderung werden nicht bloss die Medien gefördert, sondern die monopolähnlichen Medienkonzerne. Ein hübscher Teil der Steuermillionen fliesst in die Kasse der schweizerischen Verlegerfamilien Coninx, Ringier oder Wanner. Erstere beide sind laut Bilanz 900 bis 1000 Millionen beziehungsweise 800 bis 900 Millionen Franken schwer. Schon Hermann Hesse meinte, der Verleger müsse «nicht einfach die Moden der Zeit übernehmen, sondern auch, wo sie unwürdig sind, ihnen Widerstand leisten können». Leider ist Widerstand der Verleger nicht in Sicht. Im Gegenteil, die Verleger sind in Verlegenheit. So liegt es am Stimmvolk, die staatliche Milliardenzahlung an Milliarden für die nächsten sieben Jahre zu unterbinden. Auch Verleger müssen sich im Markt bewegen. Edieren ist kein Problem, sondern das Addieren. Einige Verleger haben den Beruf verfehlt und sind verhinderte Journalisten. Aber das sind viele Journalisten auch.

ZAHLEICHE AUSSENPOLITISCHE BAUSTELLEN

Wachsam bleiben, Unabhängigkeit verteidigen

Die parlamentarische Halbzeit in unseren Beziehungen zur Welt ist durchzogen: Das EU-Rahmenabkommen ist vorläufig abgewendet, doch bereits droht bei den Steuern ein neuer Angriff auf die Schweiz. Die Politik rückt immer mehr vom bewährten Grundsatz der Neutralität ab. Die SVP ist gefordert.



Roger Köppel
Nationalrat SVP
Zürich

Wer hätte es für möglich gehalten, dass unser Bundesrat das gefährliche institutionelle Abkommen (InstA) von sich aus beenden würde? Dieser mutige Schritt vom 26. Mai 2021 hat einstweilen verhindert, dass die Schweiz zu einem Untertanengebiet der EU herabsinken wird. Dabei hat dieselbe Landesregierung während sieben Jahren für diesen Vertrag gewebelt und die institutionelle Anbindung, die Unterwerfung der Schweiz unter das Brüsseler Fehlkonstrukt, als segensreichen Königsweg gepriesen. Es ist zur Hauptsache der SVP und speziell deren beiden Bundesräten zu verdanken, dass Bundespräsident Guy Parmelin in Brüssel eine so glasklare Ansage zugunsten der schweizerischen Unabhängigkeit machen konnte. Es erfüllt uns mit Freu-

de und Dankbarkeit, dass der Bundesrat die verfassungsmässigen Freiheits- und Menschenrechte des Volkes und in den Kantonen so beherzt verteidigt hat.

Gleichzeitig bleibt Wachsamkeit höchste Bürgerpflicht. Denn die Gefahr der Anbindung ist nicht gebannt. Die Regierung hat nicht aus innerer Überzeugung Nein gesagt, sondern aus Angst vor einem Totalschaden bei einer Volksabstimmung. Leider hat der Bundesrat den institutionellen Unterwerfungsmechanismus, der die EU als Gesetzgeber in der Schweiz installieren würde, sogar ausdrücklich akzeptiert. Die Polit-Elite in Bern drängt nach wie vor in Richtung Brüssel. Denn mehr EU bedeutet mehr Macht für die Politik, aber mehr Ohnmacht fürs Volk.

Kohäsionsmilliarde und Migrationspakt

Die SVP widersetzt sich entschieden der Zahlung einer «Kohäsionsmilliarde» an die EU, solange diese an willkürlichen Sanktionen gegen die Schweiz festhält – wie zum Beispiel die Nichtanerkennung der Gleichwertigkeit der

Börsen. Schon gar nicht dürfen wir die 1,3 Milliarden Franken gewissermassen als «Marktzugangsgebühr» akzeptieren, denn ansonsten könnten alle anderen unserer Handelspartner im Sinne der Gleichberechtigung ebenfalls eine «Marktzugangsgebühr» einfordern. Auch der vom Ständerat vorläufig zurückgestellte Uno-Migrationspakt bedarf in der zweiten Legislaturhälfte grösster Aufmerksamkeit. Die angeblich «weiche» Gesetzgebung bildet nämlich regelmässig die Grundlage für verbindliche Vorschriften, auf die sich dann namentlich unsere Richter beziehen. Der Uno-Migrationspakt bedeutet faktisch das freie, unregelte Migrations- und Niederlassungsrecht für alle Menschen dieser Welt. Die Auswirkungen für die wohlhabenden Staaten des Nordens und Westens – namentlich für die Schweiz – sind unschwer vorauszusagen. Auch beim Migrationspakt ist die SVP gefordert, um zu verhindern, dass der Souverän bei einem derart entscheidenden Abkommen ausgeschaltet wird.

Pleitestaaten und Moralanten

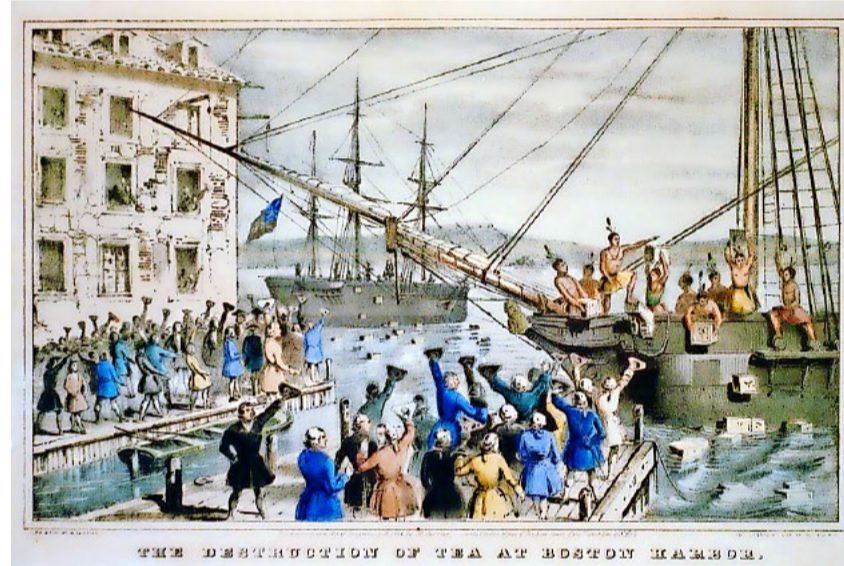
Beim Steuerdruck der sogenannten G-20-Staaten, also der zwanzig wichtigsten Industrie- und Schwellenländer, ist die SVP meines Erachtens viel zu rasch eingebrochen. Ich vermisse den entschiedenen Widerstand gegen diese Ausschaltung der Souveränität in Steuerfragen. Haben wir eine amerikanische Weltherrschaft? Sollen uns hochverschuldete Pleitestaaten diktieren, wie hoch unsere Steuersätze sein sollen? Niemals. Die steuerhungrige G-20 und damit auch die OECD verlangen einen einheitlichen Mindestsatz der Unternehmenssteuern von 15 Prozent für global agierende Unternehmen. Sie wollen diese Anmassung obendrein mit der Möglichkeit verbinden, die 15 Prozent innert sechs Jahren auf 21 Prozent zu erhöhen. Die von dieser Steuervereinheitlichung massiv betroffene Schweiz hat kein Nein angekündigt. Da-

bei besässe sie als Gründungsmitglied der OECD ein Vetorecht. Warum wäre der schweizerische Widerstand so wichtig? Wir sprechen hier vom grundsätzlichsten Souveränitätsrecht der Staaten: ihre Steuersätze selber festzulegen. Wegen der Steuerfrage haben sich die USA seinerzeit vom englischen Mutterland losgelöst und deswegen lange Unabhängigkeitskriege geführt. Die SVP

«Wegen der Steuerfrage haben sich die USA seinerzeit vom englischen Mutterland losgelöst und deswegen lange Unabhängigkeitskriege geführt.»

hätte hier den Auftrag, sich gegen solche «Steuerharmonisierungen» (die immer auf Steuererhöhungen hinauslaufen) entschieden zu widersetzen, diesen neuerlichen Angriff auf die Unabhängigkeit unseres Landes aus staatspolitischen Überlegungen abzuwehren!

Eine aussenpolitische Grossbaustelle ist und bleibt die Neutralität. Bundesrat, Parlament und Verwaltung rücken von diesem bewährten Grundsatz zusehends ab. Unter dem Druck moralisierender Medien spielen sich auch Politiker vermehrt als internationale Moralanten auf, schlimmer noch: Parteien von SP bis FDP wollen mit Sanktionen Wirtschaftskrieg führen gegen Länder, die ihnen nicht passen. Lieblingsziel dieser grössenwahnsinnigen Neutralitätsbeerdiger ist China, aber auch Russland, neuerdings Ungarn. Hier ist die SVP wieder im Grundsätzlichen gefordert: Sie muss aufzeigen, warum es im lebenswichtigen Interesse ist für die Schweiz, mit allen Ländern dieser Welt freundliche Beziehungen und wirtschaftlichen Austausch zu pflegen. Wir können es uns schlicht nicht leisten, mit allen Ländern Streit zu haben. Gegen diese aussenpolitische Kurzsichtigkeit hat die SVP wieder den Blick fürs Langfristige und Vernünftige zu schärfen!



Die unsägliche Steuerbevormundung durch die OECD wäre ein triftiger Grund für ein Revival der Boston Tea Party.

Bild Wikipedia

FREUNDNACHBARSCHAFTLICHE SOMMERGRÜSSE

«Kämpfen, kämpfen, kämpfen – mit allen demokratischen Mitteln»

Nationalrat Andreas Glarner kennt als Parteipräsident der SVP Aargau die Facetten bürgerlicher Politik wie kaum ein anderer in Stadt und Land. Wenn es ums harte Pflaster in links-grünen Metropolen geht, hält er es mit Churchill: We will never surrender.

Worüber freut sich der kantonale SVP-Präsident mit Blick auf den Aargau derzeit am meisten?

Über das gewonnene Referendum gegen das CO₂-Gesetz, welches auch der Aargau verworfen hat.

Und was verursacht Sorgenfalten?

Der Untergang der FDP, wie schnell die Linken und Grünen mithilfe der Gutmenschen und Netten die Gesellschaft verändern, die Gendersternchen, SRF, dass Jolanda Spiess-Hegglin Bundesmittel bekommt ...

Sie sind selbst Mitglied in der SVP Dietikon. Wie kam es dazu?

Gregor Biffiger war an einer Versammlung der SVP Dietikon und stellte fest, dass Dietikon 199 Mitglieder hat. So fragte er mich an und ich wurde das 200. oder 201. Mitglied. Ich habe von 1975–1983 in Dietikon gelebt und auch meine Lehrzeit in einer Dietiker Firma absolviert.

Am Kickoff Meeting zu den Kommunalwahlen im Kanton Zürich meinten Sie selbst, dass Leute sie medial oft grundsätzlich anders – als Hardliner – wahrnehmen als im direkten persönlichen Kontakt. Worauf führen Sie dieses Phänomen zurück?

Einerseits pflege ich natürlich mein Image als Hardliner – andererseits

bauen die Medien ein Negativ-Image von mir auf und aus. Ich bin aber meines Erachtens durchaus ein umgänglicher Typ. Ich hätte sicher nicht 12 Jahre als Fraktionspräsident, 20 Jahre als Gemeinderat und 12 Jahre davon als Gemeindepräsident einer Gemeinde amten können, wenn ich so einseitig böse wäre. Und wahrscheinlich wäre ich auch als Unternehmer nicht sehr erfolgreich gewesen.

Teile des Kantons Aargau sind – vielleicht nicht ganz im gleichen Mass wie in und um Zürich – in Richtung «Verstädterung» unterwegs. Ist das für die SVP und ihren Wähleranteil nur ein Risiko oder sehen Sie auch Chancen darin?

Grossstädte sind ein echt hartes Pflaster für Bürgerliche Politik. In ihnen leben viele Leute direkt oder indirekt vom Staat. Man kennt sich nicht mehr, der Ausländeranteil ist gross, die An-



Übrigens: «Hardliner» Andreas Glarner unterstützt seit Jahr und Tag das kidz planet Learning Center, eine Schule nahe Kalkutta.

Bild zVg

zahl der Sozialfälle ebenso und die 24-Stunden-Gesellschaft mit all ihren Auswüchsen allgegenwärtig. Doch genau daran wie auch am rot-grünen Anti-Auto-Totalitarismus stossen sich mehr und mehr Stadtbewohner, insbesondere in den bevölkerungsstarken Aussenquartieren. Die Rückeroberung der Städte mag der Invasion der Alliierten 1944 in der Normandie gleichen. Aber sie ist möglich.

Nehmen wir an, das Schicksal hätte es anders mit Ihnen gemeint und Sie wären Kreisparteipräsident in einem seit Jahren von links und grün dominierten Grossstadtquartier. Wie würden Sie dagegen angehen?

Kämpfen, kämpfen, kämpfen – wir müssen den Kampf gegen links-grüne Systemveränderer führen – mit allen demokratischen Mitteln!

Serie freundnachbarschaftliche Sommergrüsse

An wie viele Kantone grenzt der Kanton Zürich? An sechs: Schaffhausen, Aargau, Zug, Schwyz, St. Gallen und Thurgau.

Was für einen Blick haben die kantonalen Parteipräsidentinnen und Präsidenten auf uns als Nachbarn? Der Zürcher Bote lotet dies in einer losen Serie während der kommenden Ausgaben aus.

AUS DEM KANTONS RAT

Rückblick und Ausblick

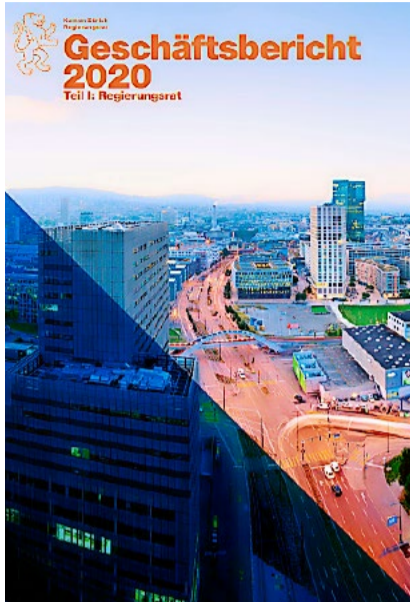
Die letzte Sitzung (Doppelsitzung) vor den Sommerferien befasste sich ausführlich mit dem Umgang des Kantons Zürich mit der Corona-Pandemie während der ausserordentlichen Lage sowie damit miteingehenden Geschäftsbericht des Regierungsrates.



René Isler
Kantonsrat SVP
Winterthur

Die Subkommission betreffend Notstandsmassnahmen kommt laut Daniel Wäfler (SVP, Gossau) zur klaren Analyse, dass die entscheidende Frage die Auswirkung der Geschehnisse auf Gegenwart und Zukunft ist. Hierbei stehen wir alle in der Pflicht, zumal die nächste Krise schon angezählt ist. Gemäss der Risikoanalyse des Bundes war die Pandemie zu erwarten und ist nun mit allen unschönen Begleiterscheinungen voll eingetroffen.

Die Risikoanalyse des Bundes sagt in derselben Wahrscheinlichkeit wie bei der Pandemie auch eine Strommangelangelegenheit voraus und seit 2015 wird deren Eintretens-Wahrscheinlichkeit sogar noch höher gewichtet und rangiert heute an erster Stelle. Die Empfehlungen der Subkommission sind daher an einem Ereignis wie der Strommangelangelegenheit oder dem Blackout zu messen und neben der



Der Kantonsrat genehmigt den Geschäftsbericht des Regierungsrates.

Pandemie bereits mit Blick auf andere Gefahren umzusetzen.

Keine Solidarität zwischen den Staaten

Die Corona-Krise hat gezeigt, dass Versäumnisse wie das Fehlen von Schutz-

masken und anderen Schutzausrüstungen uns sehr teuer zu stehen kommen können. Für einen Staat wie die Schweiz war das wahrlich kein Ruhmesblatt.

Es muss deshalb im Interesse aller sein, das Notwendige zu unserem Schutz zu tun und die Empfehlungen des Bundes ernst zu nehmen. Ein Debakel wie die Beschaffung von Schutzausrüstungen darf so nie mehr geschehen. Es steht deshalb ausser Frage, dass wir wieder die Kraft aufbringen müssen, lebensnotwendige Güter vermehrt im eigenen Land herzustellen und zu produzieren. Die Corona-Krise hat uns deutlich vor Augen geführt, dass die Solidarität zwischen Staaten aus reinen Eigeninteressen nicht mal ansatzweise funktioniert.

Geschäftsbericht des Regierungsrates

Bezüglich des Geschäftsberichts des Regierungsrates erachtet die SVP-Fraktion die im Rahmen des Berichts gemachten Angaben zu den internen Kontrollsystemen weiterhin als unzureichend. Neben den finanziellen Risiken sollte ein zeitgemässes, internes Kontrollsystem neben dem Finanzbereich alle weiteren operationellen Risiken abdecken (also etwa auch den IT-Bereich, die Geschäftsbearbeitung und das Personalwesen).

Weiter sehen wir aufgrund verschiedener laufender Prüfungen in diesem Bereich generellen Handlungsbedarf. Vor allem in Krisen wie der heutigen sind wir alle gehalten, genauer hinzusehen als sonst, hat doch auch der Kanton Zürich riesige finanzielle Mittel an Unterstützung für sehr viele Unternehmungen, KMU und Arbeitnehmende ausgegeben.

Da kann der Finanzdirektion und deren Vorsteher, Regierungsrat Ernst Stocker, ein ganz grosses Dankeschön ausgesprochen werden.

Legislaturziele 2019–2023

Nichtsdestotrotz sollte eine Regierung eben in Krisen wie der heutigen flexibel, überlegt und als starkes Team auftreten. Für die letzten 12 Monate kann

KOMMENTAR ZUR RATSSITZUNG

SVP fordert massvolle und zeitgemässe Bürobedarfsplanung für kantonales Personal



Domenik Ledergerber
Kantonsrat SVP
Herrliberg

Baudirektor Martin Neukom plant den Umbau der Verwaltungsgebäude der engeren Zentralverwaltung. Ungeachtet der einschneidenden Entwicklung des letzten Jahres in der Arbeitswelt wird das 300 Millionen Franken teure Projekt vom grünen Baudirektor Martin Neukom vorangetrieben.

Die engere Zentralverwaltung umfasst heute 1350 Arbeitsplätze an den Standorten Walcheplatz 1/2, Neumühlequai 8/10 sowie an der Stampfenbachstrasse 12/14 und 30 in der Stadt Zürich. Bereits im Jahr 2019 wurden eine erste Grobstudie erstellt und verschiedene Varianten für die bauliche Weiterentwicklung der engeren Zentralverwaltung geprüft. Im Dezember 2020 einigte sich der Regierungsrat auf die Variante Umbau mit geschätzten Kosten von rund 300 Millionen Franken.

Weiter wurde per 1. Januar 2021 eine Projektgruppe mit 4,5 Stellenprozenten ins Leben gerufen, welche die weiteren Bauplanungsarbeiten vorantreiben sollen. Wird das 300 Millionen Franken teure Projekt wie geplant umgesetzt, stehen der engeren Zentralverwaltung neu rund 1930 Arbeitsplätze zur Verfügung. 580 Arbeitsplätze mehr als heute.

Experten gehen aufgrund der Corona-Krise von einem geringeren Bürobedarf von bis zu 15% pro Mitarbeiter aus. Eine



Die SVP fordert die Überarbeitung der Bürobedarfsplanung der engeren Zentralverwaltung. Bild Pixabay

Mischform aus Homeoffice und Büroplatz wird in Zukunft in der Arbeitswelt weit verbreitet sein. Dazu steigt auch das Bedürfnis nach Teilzeit-Beschäftigungen.

Die SVP fordert nun in einem Postulat, dass die Bürobedarfsplanung der Baudirektion überarbeitet und den aktuellen Bedürfnissen angepasst wird. Weiter sollen die budgetierten Kosten in den Finanzierungsplan des Kantons aufgenommen werden.

Die Anzahl der geplanten Arbeitsplätze scheint viel zu hoch zu sein und die Kosten für Umbau/Renovation der engeren Zentralverwaltung viel zu hoch veranschlagt. Am vergangenen Montagmorgen wurde das Postulat dank der Unterstützung von FDP und GLP als dringlich erklärt. Der Regierungsrat hat nun 5 Wochen Zeit, das Postulat entgegenzunehmen oder eine Begründung zur Ablehnung zu erarbeiten. Wir sind gespannt und bleiben am Ball.

diesbezüglich dem Gesamtregierungsrat nicht wirklich ein gutes Zeugnis ausgestellt werden.

Dass von den insgesamt 53 vom Gesamtregierungsrat festgelegten Massnahmen zur Erreichung der Legislaturziele 2019–2023 erst eine einzige als bereits abgeschlossen bezeichnet werden kann, ist äusserst bedenklich. Inwiefern hier das bürgerliche Ticket spielt, sei allen Lesern selber überlassen.

Ich denke aber, dass es betreffend Führung noch viel Luft nach oben gibt,

auch wenn unsere Gesundheitsdirektorin und Regierungsrätin, Natalie Rickli, zusammen mit ihrem gesamten Team, allen Ärzten und Pflegefachpersonen trotz Dauerbelastung einen hervorragenden Job gemacht hat.

Unseren beiden Regierungsräten Natalie Rickli und Ernst Stocker sei hier und jetzt ein ganz grosses Dankeschön ausgesprochen. Im Wissen, dass die Kritik an anderen einem noch die eigene Arbeit erspart hat, wünsche ich euch allen erholsame und erlebnisreiche Sommerferien.

INSERAT

Die Justizkommission des Kantonsrates sucht ein

Ersatzmitglied für das Verwaltungsgericht (SVP)

für den Rest der Amtsdauer 2019-2025

Das Verwaltungsgericht ist oberste kantonale Gerichtsinstanz im Bereich des Verwaltungsrechts. Es hat sowohl kantonales Recht als auch grosse Teile des Bundesverwaltungsrechts anzuwenden. Das Verwaltungsgericht ist insbesondere zuständig für Streitigkeiten betreffend Raumplanungs-, Bau- und Umweltschutzrecht, Enteignungsrecht, Steuerrecht, Kausalabgaberecht, Personalrecht, Fürsorgewesen, Gesundheitswesen, Submissionswesen, Ausländerrecht, Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht, Massnahmen nach Gewaltschutzgesetz, Straf- und Massnahmenvollzug, Administrativmassnahmen im Strassenverkehr, Polizeirecht.

Anforderungen

- Vertiefte Kenntnisse im Verwaltungsverfahren und durch Praxis oder wissenschaftliche Tätigkeit erworbene Spezialkenntnisse in mindestens einem Gebiet des besonderen Verwaltungsrechts
- Mehrjährige Tätigkeit in einer Verwaltung, an einem Verwaltungsgericht oder einer Vorinstanz oder Anwaltschaft mit Schwerpunkt öffentliches Recht
- Stimmberechtigung im Kanton Zürich
- Einwandfreier Leumund

Die jährliche Besoldung richtet sich nach dem Beschluss des Kantonsrates über die Festsetzung der Besoldung der Mitglieder und Ersatzmitglieder des Verwaltungsgerichts vom 7. Juli 1997 (LS 175.22).

Umfassende Informationen zum Verwaltungsgericht finden Sie im Internet unter <https://vgr.zh.ch/internet/verwaltungsgericht/de/home.html>. Weitere Auskünfte erteilt Ihnen die Sekretärin der Justizkommission, lic.iur. Katrin Meyer, unter 043 259 20 67.

Interessiert?
Dann freuen wir uns auf Ihre elektronische Bewerbung mit einem aktuellen Strafregisterauszug und einer Wohnsitzbestätigung bis zum **29. August 2021**.

WORTE DES PARTEIPRÄSIDENTEN

Grund zur Freude

Es liegt ein erfreulicher Monat hinter uns. Alleine gegen alle anderen Parteien ist es uns gelungen, das CO₂-Gesetz und damit mehr Umverteilung und Bevormundung zu bodigen. Das unsägliche Rahmenabkommen ist dank jahrelangem Druck der SVP, zumindest für den Moment, vom Tisch. Die neuesten Lockerungen der völlig unverhältnismässigen Corona-Massnahmen für sich sind ein weiterer Grund zur Freude. Überall finden wieder Anlässe statt und die Ortssektionen führen wieder Versammlungen durch. Gerade im Hinblick auf die kommenden Kommunalwahlen ist dies unbedingt notwendig.

Unsere Gegenseite hat wenig Grund zur Freude. So wird alles darangesetzt, unsere Siege umzudeuten. Das Scheitern des CO₂-Gesetzes wird relativiert und bereits werkelt das Departement Sommaruga an neuen Vorschlägen, die grün-sozialistische Umverteilungspolitik weiterzuführen. Dabei wird völlig ignoriert, dass Links-Grün eigentlich viel weiter gehen wollte: Das CO₂-Gesetz wurde uns als Kompromiss verkauft und fand, trotz Unterstützung bis in die FDP, keine Mehrheit.

Noch realitätsfremder sind die Reaktionen auf den Verhandlungsab-

bruch zum Rahmenabkommen. Die einen palavern von einer angeblichen Verfassungswidrigkeit und fordern, dass das Abkommen doch noch Parlament und Stimmvolk vorgelegt wird. Es wäre völlig absurd und ein verzweifelter Ausdruck von Zwängerei, über einen Vertrag abzustimmen, der vom Bundesrat nicht unterzeichnet wurde. Wir hätten eine Abstimmung nicht gescheut, im Gegenteil, wir sind überzeugt, dass wir diese Abstimmung gewonnen hätten (übrigens ein wichtiger Grund für den Verhandlungsabbruch, man wollte der SVP keinen solch wichtigen Sieg im Wahljahr gönnen).

Noch besser sind jene Stimmen aus der SP, die jetzt wieder den EU-Beitritt fordern. Es ist gut, wenn nun die Fronten wieder klar sind und sich die EU-Turbos nicht mehr hinter dem Rahmenabkommen verstecken können, sondern offen dazu stehen müssen, was wir sowieso schon lange wissen: Ihr Ziel war und bleibt die Auflösung der Schweiz im Beitritt zur EU.

Währenddessen verkündet der langjährige SRF-Hauspolitologe und SP-Mitglied Claude Longchamp, dass das Ende des Rahmenabkommens kein Sieg der SVP sei und uns das bei den Wahlen kaum helfen werde. Als ob

uns das Wahlergebnis wichtiger wäre als die Unabhängigkeit und Selbstbestimmung unseres Landes. Die SVP ist kein Selbstzweck, sondern ein Mittel zur Verteidigung unserer Freiheit und unseres Wohlstandes.

Viele Schlachten haben wir gewonnen, die Beerdigung des Rahmenabkommens, die Bremse der grün-sozialistischen Welle mit dem Nein zum CO₂-Gesetz und die Lockerungen der unverhältnismässigen Corona-Massnahmen reihen sich in diese Siege ein. Doch die Freiheit und unser Wohlstand müssen Tag für Tag neu erarbeitet, erkämpft und verdient werden. Ich wünsche mir, dass es uns gelingt, diese Energie und die Freude, für die Bevölkerung das Bestmögliche zu erreichen, für die kommenden Wahlen in die Gemeinden zu tragen.



von **Benjamin Fischer**

INSERAT

Die vergessene Schwenkelbergbahn

Einladung zur Erkundung der Bülach-Baden-Bahn

Haben Sie gewusst, dass es von 1877 bis 1969 eine direkte Bahnverbindung zwischen Bülach und Baden gab?

Die SVP Sektionen Buchs, Niederglatt, Niederhasli und Bezirk Dielsdorf laden die gesamte Bevölkerung ein, gemeinsam in die Geschichte einzutauchen.

Begehen Sie mit uns das Teilstück zwischen Oberhasli und dem bis heute erhaltenen alten Bahnhof Buchs. Der Spaziergang ist geführt, Sie erfahren die ganze Geschichte hinter dieser Strecke!



17. Juli 2021, 13.30 Uhr

Start: Grabenackerstrasse, 8156 Oberhasli

13.30 Uhr Beginn der Veranstaltung

15.30 Uhr Ankunft am alten Bahnhof Buchs, Kurzreferat von Nationalrätin Barbara Steinemann, Apéro und Grill

Der Weg ist für Kinderwagen und Personen aller Altersstufen geeignet. Shuttle-Busbetrieb zurück zum Ausgangspunkt vorhanden. Anmeldung erwünscht.

Weitere Informationen unter www.svp-niederglatt.ch/termine/schwenkelberg/

AUF DEM NEUESTEN STAND – AUS PROMINENTER HAND

SVP-Höck im Ristorante Cesar

Am Montagabend füllten über 40 Leute das Ristorante Cesar im Zollikerberg. Aus Zollikon und anliegenden Gemeinden waren Senioren, Familien und Jugendliche angereist, um bei Speis und Trank den Referaten der Nationalräte Gregor Rutz und Thomas Matter beizuwohnen.

svp. Wortgewandt und dossiersicher beleuchtete zunächst Thomas Matter die bundesrätlich verordneten Einschränkungen, die noch immer in Kraft sind. Erfreut betonte er aber die Rückbesinnung auf Freiheit, die bei vielen Leuten eingekehrt sei, seit ihr Alltag durch behördliche Einschränkungen geprägt ist. Die Verdrossenheit, die seit der Nicht-Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative bei zahlreichen

Bürgern zu beobachten war, weiche allmählich dem Willen, die Politik wieder in die Hand zu nehmen.

Ein Zeichen dieser Wiedergewinnung des politischen Gestaltungswillens sei die Bodigung des CO₂-Gesetzes gewesen, das von der gesamten politischen Kaste bis auf die SVP unterstützt worden war. Nun sei es wichtig, mit diesem freiheitlichen Elan weiterzufahren. Nationalrat Gregor Rutz gewährte

den Anwesenden Einblick in die Schweizer Innenpolitik, die momentan geprägt ist von der Diskussion um den Mindeststeuersatz von 15%, den die OECD der Schweiz aufs Auge drücken will. Durch diese Einmischung in die Schweizer Steuerpolitik werde die kantonale Steuerhoheit ausgehöhlt. Steuererwerb hat überall, wo man ihn zulässt, für Wohlstand gesorgt – sei dies im internationalen oder interkantonalen Vergleich. Nun wollen ausländische Staaten der Schweiz diesen Standortvorteil entreissen. Enttäuschend dabei ist, dass von kantonalen Finanzdirektoren kaum Widerstand zu spüren ist. Die SVP werde sich aber gegen diesen Eingriff in die schweizerische Finanzpolitik wehren. Nun sei es umso wichtiger, schlussfolgerten beide Parlamentarier, nach vorne zu schauen und sich politisch einzubringen. Nach den interessanten Ausführungen entstanden zahlreiche spannende Gespräche zwischen den Besuchern und den Referenten. Die Gäste verliessen das Ristorante Cesar satt, zufrieden und auf dem neuesten Stand der schweizerischen Politik.



V.l.n.r.: Nationalrat Gregor Rutz, Sektionspräsident Thomas Gugler und Nationalrat Thomas Matter an einem heuer seltenen regenfreien Abend.

WIDERSTAND GEGEN DEN F-35

Durchsichtiges Trommelfeuer

In den Tamedia-Zeitungen wird seit geraumer Zeit gegen neue Kampfflugzeuge Stimmung gemacht. Besonders «profilieren» darf sich dabei der Tagesanzeiger-Journalist Beni Gafner.



Hans Fehr
alt Nationalrat
Eglistau

Er befindet sich damit in guter Gesellschaft von faktenresistenten «Sicherheits-Fachfrauen» wie SP-Nationalrätin Seiler-Graf und weiteren Armeeabschaffern. Beim «Gripen» hat Gafner seinerzeit behauptet, der Bundesrat kaufe ein Flugzeug, das aus Occasionsteilen «zusammengenagelt» sei. Und beim F-35 verbreitete er zunächst die Mär, unsere Militärflugplätze müssten für den US-Kampffjet ausgebaut werden.

Wes Brot ich ess', des Lied ich sing'

Nun warnt er «vor hohen Kosten des F-35» und bezieht sich dabei auf einen Bericht des US-Rechnungshofes GAO (Governmental Accountability Office). Tatsache ist jedoch, dass zwischen der Schweizer und der US-Regierung ver-



Mit dem F-35 ist endlich eine gute Anschlusslösung möglich. Denn die 1997 eingeführte F/A-18 Hornet der Schweizer Armee erreicht 2030 die Nutzungsdauer.
Bild VBS/DDPS

bindliche Kosten-Vereinbarungen getroffen wurden. Und was den GAO-Bericht betrifft: Wenn die US-Kontrollorgane die Kostensituation um den Jet genau im Visier haben, kann dies auch für die Schweiz nur positiv sein. Aber offenbar ist Gafner jedes Mittel recht, um seinen armeefeindlichen Brötchengebern gefällig zu sein.

Die Fakten

Entscheidend ist: Der F-35 ist derzeit der modernste Kampffjet der Welt. Er hat bei der umfassenden Evaluation in allen wesentlichen Bereichen mit Ab-

stand am besten abgeschnitten – und dies erst noch zu einem günstigen Preis. Letzterer ist vor allem darauf zurückzuführen, dass der F-35 in sehr hoher Stückzahl hergestellt wird, weil die Nachfrage in etlichen Staaten gross ist. Bei einem Besuch in Israel, wo das Flugzeug bereits seit Jahren im Einsatz steht, habe ich nur Positives über den Jet gehört. Vielleicht dringen diese Fakten gelegentlich auch zu Herrn Gafner und zur TA-Redaktion vor. Aber in diesen Kreisen will man offensichtlich weder ein neues Kampfflugzeug noch eine taugliche Armee.

DIE ANDERE SEITE VON ...

Walter Honegger

Politische Tätigkeit: Gemeindepräsident von Wald ZH 1997 bis 2006, Kantonsrat seit 2019
Ortspartei: Wald

Geboren am: 11. Februar 1962
Sternzeichen: Wassermann
Beruf: dipl. Elektro-Installateur
Hobby(s): Familie, meine Firma, Jassen
Grösse: 174 cm
Augenfarbe: grün-braun
Liebingsgetränk: Kaffee
Liebingsessen: Kartoffelstock mit Voressen, danach ein Meringue
Liebingslektüre: Beobachter

Was niemand von mir weiss: Ich wäre gerne Radio-Reporter geworden, ich war sogar mal in einem Kurs bei Karl Erb, der hat mir dann den Rest gegeben ...



Hie und da doch als «Reporter» tätig, hier bei einem Interview bei der vorletzten Viehschau in Wald ZH, als ein Teil meiner Firma als Laienjury amten durfte.

Damit kann man mir eine Freude machen: Einladung zu einem Meringue, danach ein Jass.

Mein Wunsch für die Zukunft: Dass ich stets das Hier und Heute nicht vergesse.

100 JAHRE SVP WINTERTHUR

Fest und Wahlkampfauftakt

mw. Bei schönstem Wetter durften wir ein tolles 100-Jahre-Jubiläum der SVP Winterthur feiern mit gut 120 SVP-Mitgliedern, einigen Amts- und Würdenträgern wie SVP-Präsident Schweiz Marco Chiesa, SVP-Präsident Kanton Zürich Benjamin Fischer, Regierungsrätin Natalie Rickli sowie unserem Stadtpräsidenten Mike Künzli (Die Mitte) und dem Stadtrat Stefan Fritschi (FDP). Der Apéro und das Dessert vom Beck Lyner und die Verpflegung durch den Hirschen in Wülflingen trugen zum Wohl aller bei. Auch für musikalische Stimmung durch das Duo MAPE war gesorgt.

Doch das absolute Highlight war wohl die Versteigerung diverser Preise, gesponsert von SVP-Amtsträgern, den beiden SR-Kandidaten aber auch von Mitgliedern wie Astrid Reinhard. Ihr Preis war eine exklusive Führung durch die Feuerwehr der Stadt Winterthur. Zwar erzielte der Preis nicht das Höchstgebot, aber es wurde gleich zu Beginn



Ein Sextett in Feierlaune (v.l.n.r.) Martin Hübscher (Fraktionschef SVP Kanton Zürich), Beni Fischer Kantonsrat und Kantonalpräsident SVP, Maria Wegelin (Gemeinderätin und Stadtrats-Kandidatin Winterthur), Thomas Wolf (Gemeinderat und Stratrats-Kandidat), Marco Chiesa (Präsident SVP Schweiz), Markus Reinhard (Gemeinderat SVP).
Bild Elisabeth Liebi

in 100er-Schritten dafür geboten und erzielte einen Endpreis von 500.–! Alles in allem ein absolut gelungenes Fest!

SVP DER STADT ZÜRICH WILL ZWEI STADTRATSSITZE

Delegierte nominieren einstimmig Roland Scheck und Stephan Iten

Die Delegierten der Stadt folgten dem Antrag des Vorstandes geschlossen: Kantonsrat Roland Scheck und Gemeinderat Stephan Iten steigen gemeinsam ins Rennen für den Stadtrat.

Für den städtischen Parteipräsident, Nationalrat Mauro Tuena, ist klar, dass die permanenten Desavouierungen und Anmassungen der rot-grünen Mehrheiten in Stadt- und Gemeinderat viele bürgerlich denkende Menschen vor den Kopf stossen. Mit dem Power-Duo Scheck/Iten lässt sich die erforderliche Korrektur nun einleiten. Das Zweiticket ist auch deshalb nahe an den Wählern, weil die zwei Kandidaten beide Stadthälften links und rechts der Limmat abdecken: Roland Scheck als Wiediker und Stephan Iten als Urgestein aus Oerlikon. In ihren Voten unmittelbar nach der Nomination brachten sie pointiert auf den Punkt, wo es derzeit

hapert. Stephan Iten meinte: «Das Gewerbe braucht Mitarbeiter, die Deutsch können – die lesen, schreiben und rechnen können. Nicht Mitarbeiter, die gendern können und Gratistampens fordern.»

Roland Scheck legte den Finger auf die offene Wunde der Stadtfinanzen: «Weder Stadtrat noch Parlament lösen das Problem mit dem strukturellen Defizit. Ebenso wenig das überproportionale Wachstum der Verwaltung. Beide Probleme sind selber verursacht. Diese zwei Handlungsfelder würde aber jeder Unternehmer als Erstes anpacken, um einen Betrieb führen zu können.»



Mit Entschlossenheit treten sie an, um im Stadtrat die überfällige Kurskorrektur einzuleiten: Kantonsrat Roland Scheck (rechts) und Gemeinderat Stephan Iten.

Bild Elisabeth Liebi

LESERBRIEF

Überfälliger Verhandlungsstopp zum Rahmenabkommen

Das weit verbreitete Lamento der Presse über das bruske Bremsmanöver des Bundesrates betreffend Rahmenabkommen ist oberflächlich und scheinheilig, weil kaum erwähnt wird, wer das Steuern in die EU-Sackgasse zu verantworten hat.

Nennen wir doch den Täter, Altbundesrat Burkhalter beim Namen. Während er vordergründig die Hoffnung, auf ein gerechtes Verhandlungsergebnis aufrechterhielt, verriet er im Hintergrund unsere Landesinteressen und hielt das Hamsterrad der Verhandlungen am Laufen. Immerhin gelang es ihm lange Zeit, den Schein zu wahren,

als gelänge es ihm, auf Augenhöhe mit Brüssel zu verhandeln. Es war mehr Schönreden als staatsmännisches Verhalten. Mehr Schein als Realitätssinn. Die Erkenntnis, dass das Rad auf Abwege gekommen war, hätte längst erfolgen müssen, aber als Blinder wollte er den richtigen Pfad nicht sehen. Der Mut der bürgerlichen Bundesräte, nun endlich das abschüssige Gelände zu verlassen und den ungerechten Hohn hinzunehmen, hat die Schweiz wieder auf festen Boden zurückgeführt. Ihnen sei Dank!

Andres Meier, SVP Zürich

EINE EU DER BEDENKLICHEN BEISPIELE

Kommerz als Quell des Schadens für die Wirtschaft

Die EM könnte Europa teuer zu stehen kommen. Wer aus Lust an einer Profilierung angesichts zunehmender Impfskepsis in sozialen und anderen Medien Verunsicherung und Ängste schürt, sägt am Ast von Sicherheit, Freiheit und Gesundheit.



Bernhard Im Oberdorf
Gemeinderat SVP
Zürich

Während sich alle an strikte Corona-Massnahmen und Einschränkungen halten müssen, ist rund ums runde Leder offenbar alles erlaubt. Italien wurde zwar besonders hart vom Virus getroffen, aber im Taumel um die Feiern des EM-Titels ging jede Vorsicht verloren. Da wurde ohne jeden Schutz gefeiert – so lange, bis die Vergangenheit die Bevölkerung wieder einholt?

Brot, Spiele und Profit

Nicht nur in Italien, auch andernorts, sei es in der Zürcher Langstrasse oder an anderen Zentren der «Euro», in Stadien und Public Viewings, wird ohne Rücksicht auf Virenausbrüche gefeiert. Belegt ist, dass – abgesehen von der Dunkelziffer – vierhundert Finnen – und viele Schweizer? – aus Sankt Petersburg und tausend Schotten aus London das Virus von der «Euro» nach Hause brachten. Der kurzfristige Taumel könnte langfristig erlittene und erneuerte Bemühungen und Verzichte

zunichte machen: Darüber könnte man verständnislos nur noch den Kopf schütteln. Aber es geht nicht nur um «Brot und Spiele», womit schon die Imperatoren im alten Rom das Volk bei Laune hielten.

Es geht auch um kurzfristige Profite einiger weniger, Kommerz, der bei der UEFA offenbar höher gewichtet wird als die langfristige Stabilität der Wirtschaft, welche die Basis bildet für den Wohlstand aller. Wie wäre es anders erklärbar, dass jenen Städten, die bei der Bewilligung für Zuschauerzahlen zurückhaltend waren, wie Bilbao oder Dublin, die Spiele entzogen und dorthin vergeben wurden, wo man willig dem Diktat der UEFA folgte, wie eben Sankt Petersburg mit seinem weitgehend vollen Stadion und überbordenden Public Viewings?

Auch in Budapest gab es kein Halten und eine Demonstration des Leichtsinns zeigte sich in London mit dem Wembley-Stadion, das von den Halbfinals an mit einer Auslastung von über zwei Dritteln regelrecht überlastet wurde. Wie wenig an vielen Orten der Corona-Schutz eingehalten wurde, lässt sich erahnen, besonders wenn es in London vielen Fans gelang, ohne Ticket ins Stadion zu kommen. Was geht dann erst recht dort und andernorts ab – hinter

den Kulissen? Aber gut gefüllte Stadien dienen dem Kommerz der UEFA: Es geht nicht bloss um die Eintritte, sondern auch um die Bandenwerbung und die Stimmung, um TV-Gebühren bis hin zu den Beiträgen der Sponsoren. Das ist ein dichtes kommerzielles Geflecht und den Nutzniessern ist es egal, was in der Folge in den Ländern als wirtschaftlicher Schaden mit einem Wiederaufflammen der Pandemie zu vermelden ist.

Selektive Organisation im Dienst der Kassenschlager

Wie sehr die Euro auf den Kommerz und die Favorisierung der Giganten ausgerichtet ist, zeigt allein schon die Struktur des Turniers: Insbesondere den Elefanten unter den Teilnehmern war es vorbehalten, sehr oft in den eigenen Stadien anzutreten, Vorteile, wie sie nicht nur den Engländern in London, sondern auch den Italienern in Rom, den Deutschen in München, allerdings auch Gehorsamen wie den Ungarn in Budapest oder den Russen in Sankt Petersburg zuteil wurden: auch das zahlte sich in überfüllten Stadien kommerziell aus.

Ganz unterschiedlich waren die Reisewege: Während die Schweizer besonders weit reisen mussten, konnten Ele-



Wie wenig an vielen Orten der Corona-Schutz eingehalten wurde, lässt sich erahnen, besonders wenn es in London vielen Fans gelang, ohne Ticket ins Stadion zu kommen.

Bild Dreamstime

fanten oft vor Ort traben. Da spielt auf diesem Niveau nicht nur die Ermüdung des Reisens eine grosse Rolle, sondern vor allem auch die Akklimatisierung: die Spielregeln waren von vornherein strukturell verzerrt.

Das muss man sich auch bei den Leistungen der formell «Unparteiischen» fragen. Angesichts des kommerziell besonders wertvollen Einzugs der Engländer in den Final stellt sich die Frage nach dem Hintergrund des geschenkten Elfmeters, der zum Siegestor führte, den selbst der VAR nicht korrigierte.

Wäre da nicht eher die unfaire Schwalbe von Sterling zu ahnden gewesen? Und warum kamen die Briten mit einer «Trinkgeldbusse» davon, als Fans den Torhüter der Dänen beim Strafstoss blendeten? Wie wären «Kleine» gestraft worden? Und wer immer fand, die Engländer hätten besser gespielt, vergisst, dass diese vor Ort blieben, die Dänen eine anstrengende Reise in den Knochen hatten.

In diesem Zusammenhang ist auch der englische Schiedsrichter zu sehen, der einen Schweizer für ein hartes Foul gleich wie bei einer Tötlichkeit mit einer direkten «Roten Karte» bestrafte, wohl wissend, dass dies bei den

engen Verhältnissen einer «Todesstrafe» gleichkommen musste. Man stelle sich vor, wie die UEFA-Kassiere in den Katakomben gejault hätten, wenn es unter den – angesichts der Spielverläufe – denkbaren Umständen im Wembley zu einem Halbfinal von Österreich gegen die Schweiz und einem Final zwischen Dänemark und der Schweiz gekommen wäre.

Hypnotisierte Amtsschimmel

Wie unbedarft sich auch Behörden von der Schlange des Prestiges hypnotisieren lassen, zeigte sich, als man den Champions League Final zwischen zwei englischen Equipen kurzfristig wegen restriktiver Vorgaben in Porto als Ersatzspielort statt in London austragen liess, wo die Delta-Variante unter ihresgleichen hätte wüten können: So brachten die Hooligans das Delta-Virus nicht nur ins Drachenstadion, sondern randalierend auch in die Strassen von Porto und röhrend anschliessend in Touristenorten bei Lissabon und der Algarve.

Die Fallzahlen schnellten in die Höhe und die monatelangen Entbehrungen der Bevölkerung wurden im Tanz um das goldene Kalb der ledernen Kugel leichtsinnig zunichte gemacht.

GUTE SVP-POSITION IN LANDGEMEINDEN KOMMT NICHT VON UNGEFÄHR

Wenn langjährige Sorgfalt und Bürgernähe Früchte tragen

Die 1954 – damals noch als BGB – gegründete Sektion Russikon hat seither die Politik in der Gemeinde stark geprägt. In allen Behörden waren und sind ihre Mitglieder vertreten. Die SVP stellt seit Jahrzehnten zuverlässige Behördenmitglieder, Gemeinde- und Schulpräsidenten und trägt zu einer stabilen bürgerlichen Gemeindeführung bei.



Hans Aeschlimann
Gemeinde- und
Parteipräsident SVP
Russikon

Es war und ist schon immer ein Ziel, der Umwelt Sorge zu tragen. Das beweisen die unter SVP-Führung getätigten Infrastrukturinvestitionen wie z.B. der Bau der ARA Fehraltorf-Russikon bereits in den 60er-Jahren und die Beteiligung an einer regionalen Wertstoffsammelstelle.

Mit Standaktionen vor Abstimmungen und Unterschriftensammlungen zeigen wir Flagge in der Gemeinde. Die SVP soll sichtbar sein. An unseren Parteiversammlungen stellen wir die anstehenden Abstimmungsvorlagen aus Bund, Kanton und Gemeinde vor und fassen nach einer sachlichen Diskussion die Parolen. Diese veröffentlichen wir auf unserer Webseite und je nach Brisanz im Gemeindeforum.

Am 10. September 2021 findet die 34. Russiker SVP-Herbstparty statt. Ein prominenter SVP-Gast aus der Politik berichtet aus dem «Nähchäschtli». Dieses Jahr beehrt uns Nationalrat Thomas Matter mit dem Thema «Aus den Sümpfen von Bern». Die Party ist öffentlich, ein absoluter Höhepunkt in der Russi-

ker Agenda und immer gut besucht. Zur Jahrtausendwende habe ich das Präsidium der Sektion übernommen und wurde 2014 zum Gemeindepräsidenten gewählt. Zugegebenermassen ist das keine ideale Konstellation, kann doch die Partei dem Gemeinderat weniger gut «auf die Finger sehen». Dieses Doppelmandat hat aber auch den Vorteil, dass das Gedankengut direkter im Gemeinderat einfließen kann bzw. der Mahnfinger, welchen ansonsten die Partei erhebt, mit der notwendigen Selbstkritik nicht gehoben werden muss.

Das funktioniert nur, wenn man sich immer wieder selbst hinterfragt. Unsere Behördenmitglieder weisen sich durch ihre Konstanz und ihre Dossier-Sicherheit aus.

Enge Zusammenarbeit mit Nachbarn

Mit den Nachbargemeinden pflegen wir eine vielseitige Zusammenarbeit in den Bereichen, ARA, Kommunalpolizei, Feuerwehr, Wertstoffsammelstelle, Spitex, Pflegeheim, Regionale Führungsorganisation, Zivilschutz, Betriebsamt, Zivilstandsamt, Ergänzungsleistungen und Nachbarschaftshilfe.

Das ist der Weg für mittlere Gemeinden, selbständig bleiben zu können und damit die Kosten im Griff zu haben. Wir achten auf den Erhalt der Infra-

struktur und beteiligen uns massvoll im Bereich Biodiversität.

Social Media in der Landgemeinde

Im Hinblick auf die Gemeindegewahlen 2022 und als Mitgliederwerbung werden wir der Bevölkerung unser Thesenpapier vorstellen. Das Thema Umwelt ist Bestandteil im Thesenpapier. Wenn immer möglich sollen Gemeindefragen die Wahlen prägen. Wir fordern die Einwohnerinnen und Einwohner der Gemeinde auf, unserer Ortspartei beizutreten, wenn ihre Gesinnung mit den Thesen gegen 100% Übereinstimmung findet. Ferner rufen wir dazu auf, sich in einer Behörde für die Gemeinde zu engagieren. Schade, dass es trotz aller Anstrengungen nicht gelingt, jüngere Mitglieder aus der Landwirtschaft zu gewinnen. Wir bedienen unsere Mitglieder, Sympathisantinnen und Sympathisanten regelmässig via E-Mail mit politischen Informationen und Themen. Wir haben erkannt, dass Soziale Medien eine immer wichtigere Rolle spielen und sind seit zwei Jahren auf Facebook und Twitter präsent.

Die SVP Russikon ist mit drei Mitgliedern im Gemeinderat, dem Schulpräsidenten, einer von uns portierten Schulpflegerin und drei Mitgliedern in der Sozialbehörde – mit der neuen Gemeindeordnung – Gesellschaftskommission, vertreten. In der fünf Mitgliedern zählenden RPK, in der wir bis vor den letzten Wahlen immer das Präsidium und mindestens ein Mitglied stellen, sind wir mit zwei SVP-nahen von uns portierten Mitgliedern vertreten. Ziel der Gemeindegewahlen vom nächsten Frühjahr ist, die Sitze halten zu können bzw. diese mit möglichst vielen Parteimitgliedern besetzen zu können. Aber nicht um jeden Preis, denn wir wollen weiterhin als Partei glaubhaft bleiben. Den mir wichtigen Kontakt zur Bevölkerung finde ich an den gemeindeeigenen Anlässen und beim Feierabendbier in unseren Dorfresterants.



Save the date: Am 10. September findet nach zwei Jahren endlich wieder die Russiker SVP-Herbstparty statt. Dieses Mal mit Nationalrat Thomas Matter als Special Guest. Bild zVg

INSERAT



SVP Russikon SVP Bezirk Pfäffikon www.svp-russikon.ch

SVP-Herbst-Party in Russikon mit Thomas Matter

SVP Nationalrat

Mit Referat zum Thema „In den Sümpfen von Bern“

Freitag, 10. September 2021
Landgasthof Krone in Russikon

Parteimitglieder, Gäste und Freunde der SVP sind herzlich eingeladen
Apéro ab 18.30 Uhr

Nachessen um 19.30 Uhr, anschliessend Referat von Thomas Matter. Lottomatch mit tollen Preisen.

Aus organisatorischen Gründen bitten wir um Ihre Anmeldung bis 6. September 2021 unter: www.mysvp.ch/anmeldung oder mit nachstehendem Talon an: Hans Loeliger, Wettsteinstrasse 6, 8332 Russikon, Tel. 079 458 05 19

Name / Vorname

E-Mail:

Adresse:

Telefon Anzahl Personen:

Die Veranstaltung ist öffentlich

Fadegrad



von
Ueli Bamert

Umerziehung à la Hollywood

Es kommt nicht mehr allzu oft vor, aber neulich hatte ich mal wieder Lust, mir einen richtigen Hollywood-blockbuster anzuschauen. Meine Wahl beim Streaming-Anbieter des Vertrauens fiel auf einen Science-Fiction-Streifen mit Natalie Portman in der Hauptrolle. Der Film war, um das vorwegzunehmen, so solala, wie so oft in Hollywood packend in der ersten Hälfte, zum Schluss aber enttäuschend.

Doch darum geht es heute nicht. Viel mehr möchte ich auf eine Unsicht eingehen, die in amerikanischen Produktionen heute Standard ist: von Beginn weg fällt dem Zuschauer die penetrant zur Schau gestellte «Diversity» auf; damit ist das zwanghafte Einbeziehen ethnischer und sonstiger Minderheiten in den Plot gemeint. Gleich in der allerersten Szene ist eine Studentin mit einem Hijab zu sehen, die in einer Vorlesung sitzt und fleissig mitschreibt. Später lernen wir die Hauptdarstellerinnen kennen: die Handlung dreht sich um fünf Frauen, die unerklärliche Vorkommnisse erforschen sollen. Von den fünf Damen sind drei weiss, eine afroamerikanischer und eine lateinamerikanischer Herkunft. Und ganz nebenbei muss Letztere gleich in der ersten Szene klar machen, dass sie lesbisch ist, obwohl dies null und nichts zur Entwicklung der weiteren Geschichte beiträgt. Hauptsache «divers» und «inklusiv» – wo kämen wir denn hin, wenn nur noch heterosexuelle, weisse Männer die Welt retten würden?

Verstehen Sie mich nicht falsch: ich bin mir durchaus bewusst, dass wir in einer immer bunteren Welt leben und ich habe auch überhaupt kein Problem mit Diversität, im Gegenteil. Was mich aber stört, ist die penetrante Art und Weise, wie dem Zuschauer diese «Diversity» aufs Auge gedrückt wird. Insbesondere Hollywood wandelt sich immer mehr von einer Unterhaltungs- zu einer Umerziehungsfabrik: Selbst die Oscar-Academy hat vor Kurzem neue Kriterien zur Bewertung von Filmen eingeführt. Wer zukünftig den Oscar für den besten Film gewinnen will, muss diverse «Vielfaltsstandards» erfüllen: So muss ein bestimmter Prozentsatz der Besetzung oder der Produktionscrew einer ethnischen, sexuellen oder sonstigen Minderheit angehören. Historische Filme, in denen nun mal vorwiegend weisse Männer für die Hauptrollen infrage kommen, dürften zukünftig also kaum noch Chancen auf den Oscar für den besten Film haben – egal wie gut oder schlecht sie sind oder wie sie beim Publikum ankommen. Politisch korrekter Quoten-Gaga in Reinkultur.

Die Quittung für diese billige Anbiederung an den linksliberalen Zeitgeist hat die Oscar-Academy glücklicherweise bereits erhalten: die Einschaltquoten der letzten Oscar-Verleihungen sind ins Bodenlose gesunken. Offenbar hat kaum jemand mehr Lust, sich diesen grauenhaften Gottesdienst der politischen Korrektheit anzusehen. Gut so – als Zuschauer will ich nämlich unterhalten und nicht umerzogen werden.

AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT

Bananenrepublik an der Limmat

Aus Sicht der SVP-Fraktion zuerst erfreuliche Neuigkeiten: Wir sind mit unseren neuen Gemeinderäten Attila Kipfer und Jean-Marc Jung wieder komplett. Willkommen und viel Erfolg.



Derek Richter
Gemeinderat SVP
Zürich

Eine Mehrheit der Gemeinderatsmitglieder sämtlicher Fraktionen goutieren es nicht sonderlich, wenn sie von einer Kundgebung vor der Ratslokation begrüsst werden. In diesem Fall war dies jedoch anders und der Protest war völlig berechtigt. Es geht um nichts anderes als die willkürliche Streichung der Wartelisten auf eine Alterswohnung in der Stadt Zürich in der Stiftung Alterswohnungen (SAW). Dies ist gegenüber den Stadtzürcher Seniorinnen und Senioren, welche teilweise über Dekaden auf so eine Wohnung hoffen, absolut despektierlich! Was hat sich dieser Stadtrat eigentlich bei der will-



Das Roulette-Verfahren, um in Zürich eine Alterswohnung zu erhalten, hat Seniorinnen und Senioren zu Recht auf den Plan gerufen. Bild wikimedia.org

kürlichen Einführung eines «Losverfahrens» gedacht? Soll etwa die Pflicht zum Roulette spielen für eine Alterswohnung für Senioren festgesetzt werden? Ganz sicher nicht! Reto Brüesch wies dieses Ansinnen des Stadtrates zurück an den Absender mit dem Verweis, dass so etwas vielleicht bei den Amerikanischen Green Card smöglich sein kann, in der Stadt Zürich aber keinen Platz hat.

30 000 städtische Staatsbedienstete offenbar nicht genug

Hat die Stadt Zürich mit knapp 30 000 Beamten resp. Angestellten eigentlich noch nicht genug? Wo hat dieser Wasserkopf eine Grenze? Für die Dienstabteilung Verkehr sollen nun drei zusätzlichen Stellen, welche sich ausschliesslich dem Veloverkehr widmen sollen, per Nachtragskredit eingesetzt werden. Stadtratskandidat Stephan Iten wies mit Nachdruck auf diesen aufgeblähten Beamtenapparat hin, jedoch gegen die linke Klientelpolitik helfen die besten Argumente wenig.

Ein ähnlich selbstherrlicher linker Stadtrat will eigenmächtig in einem Nachtragskredit, zuerst ohne Stadtratsbeschluss und ohne Weisung und ohne die entsprechende Kommission zu informieren, freihändig einfach zwei Millionen Franken Steuergeld an sozial benachteiligte Menschen, z.B. abgewiesene Asylanten, Sans Papiers etc., via vier Nicht-Regierungsorganisationen auszuzahlen, Reibungsverlust inklusive. Die SVP wird sich in diesem Zusammenhang die Unterstützung der Caritas, als eine dieser Organisationen, künftig zweimal überlegen. Dass wir ein beste-

hendes Sozialhilfesystem, eine Kollegialbehörde und einen Rechtsstaat haben, interessiert die Sozialisten nicht. Dass wir einen Entscheid des Schweizer Souveräns haben, wonach abgewiesene Asylanten auf die sogenannte Basishilfe gesetzt werden, schon gar nicht. In Zürich ist noch nie jemand verhungert und jeder und jede hat ein Dach über dem Kopf.

Es ist doch völlig klar: die Sogwirkung, welche so eine De-Lux-Sozialhilfe nach sich ziehen würde, ist so sicher wie das Amen in der Kirche. Auf diese verwerflichen Tatsachen wies unser

Hirnrissige Lichtinstallation

Voller Stolz hat der abtretende Vorsteher des Tiefbauamtes R. Wolff (AI) vor einigen Tagen ein «Kunstwerk» auf einem Hochhaus an der Europaallee gleich neben dem Zürcher Hauptbahnhof eingeweiht. Grosszügig von den Steuerzahlern finanziert. Diese Lichtinstallation soll folgenden Text als Morsecode «ALWAYS A WAY» visualisieren. Dies würde dann in der Praxis wie folgt aussehen:

Nun sind Kommunisten nicht klüger oder dümmer beim Denken, sie haben einfach öfters Pech dabei und so blinkt dieses Kunstwerk alles mögliche, ausser genannten Morsecode. Als Empfänger der Nachricht kann man nur den Kopf schütteln: «Bei dem piept's wohl?» Tatsächlich. Während bei VBZ-Haltestellen LED-Reklametafeln nicht blinken

dürfen und sich Ornithologen über die immer zunehmende Lichtverschmutzung nachts beklagen, blinkt es neben dem Hauptbahnhof und zwar so, dass man nur noch Bahnhof, versteht. Aus Sicht der SVP sollte folgender Code gesendet werden: . . . - - - . . . was «SOS» bedeutet und damit sind nicht nur die städtischen Finanzen gemeint.

Die Stadt Zürich schuldet Fremden, welche ohne Einladung nach Zürich kamen, nichts, unseren Seniorinnen und Senioren hingegen alles!



Richi im Regen.

Bild Tiefbauamt Stadt Zürich:

INTERVIEW MIT STADTRATSKANDIDATIN MARIA WEGELIN

«Links-Grün setzt auf Symptom- statt Ursachenbekämpfung»

Die heisse Phase des Wahlkampfes in Winterthur beginnt. Mit dem Zweitticket Maria Wegelin und Thomas Wolf – beides Gemeinderäte – peilt die SVP die Rückkehr in die Exekutive an. Bei einer politischen Bestandaufnahme traf der Zürcher Bote auf eine Power-Frau mit Charisma, die weiss, was und wohin sie will.

Wie haben Deine beiden Jungs Janik (2012) und Kilian (2014) auf Deine Kandidatur reagiert?

In etwa gleich wie meine Eltern und meine drei Geschwister – gar nicht. Meine Jungs wohl deshalb, weil sie einfach noch zu jung sind, um zu begreifen, was ein Wahlkampf ist. Sie finden es jedoch immer lustig, wenn sie mich im Fernsehen sehen. Meine Familie hingegen sah meine Kandidatur kommen und war nicht überrascht. Ich hatte schliesslich schon immer nicht ganz alltägliche Ideen, was meine Lebensplanung angeht. Sie sind es daher gewohnt.

Nach Deinem Studium der Veterinärmedizin hast Du dich auf Veterinärpathologie spezialisiert. Was an der rot-grünen Winterthurer Stadtpolitik ist derzeit «hoch pathologisch»?

Politik und Medizin haben gemeinsam, dass zu oft teure Symptombehandlungen durchgeführt werden, anstatt die Ursache anzugehen. In der Medizin mag der Grund darin liegen, dass man die Ursache entweder nicht herausfindet – dann spricht man von idiopathisch (= ohne erkennbare Ursache) – oder die Ursache der Erkrankung nicht behandelbar ist.

Da liegt aber auch schon der Unterschied zur Politik. Links-grün kennt die Ursache in den allermeisten Fällen, will sie aber nicht angehen, sondern versucht, mit Geldumverteilungen, Schaffung neuer Verwaltungsstellen, Ausbau der Sozialhilfegelder, Verkehrseinschränkungen und unzähligen neuen Vorgaben, Vorschriften und Verboten die Symptome zu lindern, wohlwissend, dass, wenn man die «Behandlung» absetzt, sich die Symptome gar noch verstärken. Als hochpathologisch kann ich



Einen Moment des Geniessens genehmigt sich Maria Wegelin gern. Gerade weil die Agenda randvoll ist.

Bild zVg

da als schönes Beispiel die Verkehrspolitik der Stadt Winterthur nennen. Man will den MIV aus der Stadt verbannen, vergisst aber immer wieder, dass ungebremstes Wachstum zwangsläufig zu mehr Verkehr führt. Man will in Winterthur auch das Weltklima retten, vergisst aber auch da, dass mehr Menschen mehr CO₂ ausstossen und mehr Ressourcen verbrauchen. Zudem geht die wachsende Kriminalität zum Grössteil auf das Konto von nicht Schweizer Staatsbürgern. Die Ursache der meisten Probleme sollte eigentlich für alle einfach nachvollziehbar sein und auf der Hand liegen: Die masslose Zuwanderung, was die SVP seit Jahren predigt! Dazu muss ich einen Witz erzählen: «Ein Chirurg kann alles, ein Mediziner weiss alles, ein Pathologe kann und

weiss alles, es bringt aber nichts mehr.» Als SVP-Mitglied fühlt man sich wohl des Öfteren wie ein Pathologe!

Welche Themen stellst Du im Wahlkampf in den Vordergrund?

Im September stimmen wir über die neue Gemeindeordnung ab, mit welcher die bewährten Kreisschulpflegen abgeschafft werden sollen. Dagegen kämpfen wir als SVP an. Da ich selbst fünf Jahre Schulpflegerin war, weiss ich aus Erfahrung, wie wichtig dieses Milizsystem ist.

Daneben gibt es einige weitere sehr wichtige Themen, zum Beispiel die Finanzen (vernünftiger Umgang, Ausgaben bremsen, keine Steuererhöhungen), Verkehr und Mobilität, Schulqualität und Bildung, Wirtschaft (Arbeits-

plätze, gute Rahmenbedingungen) und die Sicherheit.

Warum ist es für Dich klar ein Vorteil, dass Du und Thomas Wolf gemeinsam antreten? Für mich persönlich ist es für die Moral enorm wichtig, dass Thomas an meiner Seite ist. Er ist der Fels in der Brandung.

Wir können uns austauschen, Aufgaben gemeinsam angehen oder auch aufteilen. Auch sind wir darauf bedacht, uns ehrliche Feedbacks nach Anlässen zu geben und bei der nächsten Gelegenheit darauf zu achten, dass einem gewisse «Fehler» nicht ein zweites Mal passieren. Zudem habe ich einen sehr guten Freund an meiner Seite, das ist viel wert!

Als Mitglied des Stadtrates sind Führungseigenschaften gefragt. Worauf kannst Du dich hierbei abstützen?

Als Mami weiss ich, wie wichtig es ist, ein Vorbild zu sein, klare Grenzen zu setzen und einzufordern, zu vertrauen und immer zuerst Wohlwollen entgegenzubringen, also davon auszugehen, dass das Gegenüber keine böse Absicht hegt.

Ich weiss, das steht in jedem Führungshandbuch, aber es ist so. Kinder sind da die ehrlichsten Kritiker und besten Lehrmeister. Als Schulpflegerin habe ich das gelebt und bekam immer sehr viel Wertschätzung. Ganz wichtig, niemals einen Fehler vertuschen, sondern dafür geradestehen und sich entschuldigen. Dann wird man respektiert und ernst genommen.

Auch wenn Du das im Falle einer Wahl nicht selbst bestimmen kannst: Welches Departement läge Dir besonders? Sicher das Departement Schule und Sport, weil ich da die Arbeit an der Basis, also in den Schulhäusern und im Klassenzimmer, kenne und mir die Schule sehr am Herzen liegt.

Ihr Immobilienraum?

	3 ½ - 4 ½ Zi. Terrassenwohnungen 8955 Oetwil a.d.L. , L. Garcia Navarro Tel. 044 316 13 42 Preis ab CHF 1'611'000.-, Bezug ab Herbst 2022 www.erlenkönig.ch		3 ½ und 4 ½ Zi. Eigentumswohnungen 8309 Birchwil , L. Garcia Navarro Tel. 044 316 13 42 Preis auf Anfrage, Bezug auf Anfrage www.soley-birchwil.ch
	3 Zimmer Mietwohnung 8708 Männedorf , Rolf Flacher Tel. 052 338 07 09 Miete ab 2'750.- p/Mt., NK 190.-, Bezug nach Verein. www.loft-neugut.ch		3 ½ - 5 ½ Zi. Eigentumswohnungen 8152 Glattbrugg , Ramona Schiesser Tel. 044 316 13 21 Preis ab CHF 1'341'000.-, Bezug ab Herbst 2022 www.glattwies.ch
	3 ½ - 5 ½ Zi. Eigentumswohnungen 8457 Humlikon , Rolf Flacher Tel. 052 338 07 09 Preis auf Anfrage, Bezug auf Anfrage www.lerchpartner.ch/Immobilienraum/		5 ½ Zi. Eigentumswohnung 8110 Pfaffhausen , Paul Späni Tel. 052 338 07 09 Preis 1'933'000.-, Bezug ab Frühling 2021 www.luckenholz.ch
	5 ½ Zi. Eigentumswohnung 8332 Rumlikon , L. Garcia Navarro Tel. 044 316 13 42 Preis CHF 1'007'300.-, Bezug ab Winter 2021/22 www.grueens-doerfli.ch		3 ½ und 4 ½ Zi. Eigentumswohnungen 8308 Illnau , Paul Späni Tel. 052 338 07 09 Preis ab CHF 1'136'000.-, Bezug auf Anfrage www.vistacasa.ch
	5 ½ Zi. Doppel-Einfamilienhaus 8332 Rumlikon , L. Garcia Navarro Tel. 044 316 13 42 Preis CHF 1'299'200.-, Bezug ab Winter 2021/22 www.grueens-doerfli.ch		3 ½ Zi. Eigentumswohnung 8473 Seuzach , Paul Späni Tel. 052 338 07 09 Preis CHF 691'000.-, Bezug auf Anfrage www.birch-seuzach.ch
	7 ½ Zi. Doppel-Einfamilienhäuser 8913 Ottensbach , L. Garcia Navarro Tel. 044 316 13 42 Preis ab CHF 1'621'000.-, Bezug ab Winter 2021/22 www.nidolino-ottenbach.ch		3 ½ - 5 ½ Zi. Eigentumswohnungen 8545 Rickenbach/ZH , Rolf Flacher Tel. 052 338 07 09 Preis ab CHF 668'000.-, Bezug auf Anfrage www.schmiedgass.ch
	3 ½ und 4 ½ Zi. Eigentumswohnungen 8136 Thalwil-Gattikon , Ramona Schiesser Tel. 044 316 13 21 Preis auf Anfrage, Bezug auf Anfrage www.lerchpartner.ch/Immobilienraum/		3 ½ - 5 ½ Zi. Eigentumswohnungen 8104 Stadel/Winterthur , Rolf Flacher Tel. 052 338 07 09 Preis auf Anfrage, Bezug auf Anfrage www.lerchpartner.ch/Immobilienraum/
	5 ½ Zi. Eigentumswohnung 8181 Weislingen , L. Garcia Navarro Tel. 044 316 13 42 Preis ab CHF 1'377'000.-, Bezug ab Frühling 2021 www.paradislig.ch		4 ½ Zi. Terrassenwohnung 8103 Unterengstringen , L. Garcia Navarro Tel. 044 316 13 42 Preis CHF 1'873'000.-, Bezug ab Frühling 2021 www.sparrenberg.ch
	3 ½ - 5 ½ Zi. Wohnungen, 4 ½ - 6 ½ Zi. DEFH 8127 Aesch-Maur , Ramona Schiesser Tel. 044 316 13 21 Preis auf Anfrage, Bezug auf Anfrage www.chridlerpark.ch		4 ½ Zi. Eigentumswohnung 8493 Baldern , Rolf Flacher Tel. 052 338 07 09 Preis CHF 673'400.-, Bezug nach Vereinbarung www.ammuelibach.ch
	7 ½ Zi. Einfamilienhäuser inkl. Parkierung 8468 Marthalen , Rolf Flacher Tel. 052 338 07 09 Preis ab CHF 1'090'000.- zzgl. Parkierung, Bezug auf Anfrage www.calmacasa.ch		2 ½ - 4 ½ Zi. Eigentumswohnungen 8615 Wermatswil , Ramona Schiesser Tel. 044 316 13 21 Preis CHF 1'071'000.-, Bezug auf Anfrage www.solevista.ch
	3 ½ Zi. Gartenwohnung 8615 Wermatswil , Ramona Schiesser Tel. 044 316 13 21 Preis CHF 1'363'000.-, Bezug Frühling 2022 www.leuberg.ch		Haben Sie ein Grundstück auf dem Immobilienräume verwirklicht werden können? Melden Sie sich bei unserem Chef  ulrich.koller@lerchpartner.ch oder per Telefon 052 235 80 00.
	2 ½ - 4 ½ Zi. Eigentumswohnungen 8610 Uster , L. Garcia Navarro Tel. 044 316 13 42 Preis auf Anfrage, Bezug auf Anfrage www.lerchpartner.ch/Immobilienraum/		

Alle Objekte im Überblick:
www.lerchpartner.ch/Immobilienraum/



YouTube **f**
Zürcherstrasse 124 Postfach 322
8406 Winterthur
Telefon 052 / 235 80 00

Wir nehmen an den folgenden Immobilienmessen teil:
SVIT Immobilien-Messe in Zürich
1. - 3. Oktober 2021, Lake Side Zürich

Stand Juni 2021

Achtung!

Zahle **Höchstpreise** für alle Autos. Komme bei Ihnen vorbei.

Telefon 044 822 26 11

LESERBRIEF

Kommentar der SOG zum Typenentscheid des Bundesrates zu NKF

Auch die SOG – praktisch gleichlautend wie die «bürgerliche Presse» – stellt fest, dass der Entscheid auf einem konsequenten beruhe – und dass der F-35A unbestritten die Grundvoraussetzungen am besten erfülle – und zudem noch der preisgünstigste Typ aus dem angebotenen Quartett sei. Die SOG fordert die Politik auf, den Beschaffungsprozess konsequent weiterzuführen – auch mit der Beschaffung des BODLUV-Systems «PATRIOT». Nur so ist gewährleistet, dass die Schweizer Armee ihren Auftrag – die Verteidigungsfähigkeit der Schweiz – weiter zu 100% erfüllen könne. Es geht bei diesem Beschluss nicht nur um die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge und eines BODLUV-Systems – sondern ALLES oder NICHTS – haben wir eine Armee oder ist diese mangels geeigneter Ausrüstung kampfunfähig.

In seiner Aufzählung vermisste ich ein zentrales neues Ressort stark – und das muss korrigiert und eingeführt werden: Kommunikation mit der Politik – damit Rohrkrepiere wie die Ablehnung des Zivildienstgesetzes nicht mehr vorkommen.

Hans-Peter Neuweiler
SVP-Mitglied, Ermatingen

ERDRÜCKENDE STAATLICHE LAST

Gewerbebetriebe leiden immer mehr

Im Rahmen eines Polit-Lunchs zeigte der Marthaler Unternehmer und Kantonsrat Paul Mayer auf, wie KMU-Betriebe immer mehr mit der staatlichen Last zu kämpfen haben. Es ist dabei die Vielzahl der Massnahmen, welche beachtliche Summen verschlingt.

RoMü. Am politischen Smalltalk in Marthalen stand Kantonsrat und Unternehmer Paul Mayer im Fokus. Vor 28 Jahren startete er mit einem Einmannunternehmen und hat seither einen KMU-Betrieb mit 35 Mitarbeitern aufgebaut.

Zugleich bildet er acht junge Berufsleute in vier verschiedenen Berufen aus. Die KMU-Betriebe haben immer mehr mit der Last an Gebühren, Abgaben und der staatlichen Bürokratie zu kämpfen.

Bereits 2014 wurden im Kanton Zürich die Verkehrsabgaben neu festgelegt und zulasten der KMU-Betriebe oftmals deutlich höher angesetzt. Allein diese Massnahme führt im betriebseigenen Fahrzeugpark zu jährlichen Mehrkosten von 5600 Franken.

Doch es sind auch Versicherungsbeiträge, welche seinen Betrieb sehr belasten. So macht die staatliche SUVA

bei der Nichtbetriebsunfallversicherung ihre grosse hohle Hand, wo weitere 22'000 Franken fällig sind. Zudem verursachen Mayer die Stundentaxen Bauchweh. «Meine Mitarbeiter stehen pro Jahr rund 1440 Stunden im Stau», sagt Mayer.

Rund 300'000 Franken in einem Jahr Neu sind für den Betrieb nun Radio- und Fernsehgebühren im Umfang von 1500 Franken fällig.

Ebenso sorgt die LSWA direkt und vor allem indirekt für massive Mehrkosten. Mayer beziffert diese für seinen Betrieb mit 62'000 Franken. Es sind ferner Auflagen wie beispielsweise für die Zertifizierung, welche in seinem Betrieb zu Kosten von 30'000 Franken führten. Zugleich ächzten die Betriebe unter dem ständig steigenden Aufwand für Statistiken, welche fast wöchentlich staatlichen Stellen unent-

geltlich abzuliefern sind. Die neuen Bestimmungen rund um CO₂ schlagen mit weit über 10'000 Franken zu Buche. Mayer spricht weiter von oftmals «versteckten» Kosten wie beispielsweise die VOC-Abgabe auf flüchtig organischen Verbindungen, welche in seinem Betrieb stolze 9'000 Franken verschlingt. Schlussendlich sind es über 300'000 Franken in 10er-Notenbündeln, welche sich vor dem Referenten aufgetürmt haben. Ein Gesamtbetrag, den das Unternehmen jährlich weitgehend ungeachtet des Geschäftsverlaufs stemmen muss. «300'000 Franken, welche für Innovationen und Entwicklungen in unseren Betrieben fehlen», so Mayers Fazit.

Bezüglich seiner Branche im Metallbau weht dieser zugleich ein extrem starker Konkurrenzdruck vor allem aus Osteuropa entgegen. Dort wird oftmals viel günstiger produziert.

Gleichzeitig dreht man in der Schweiz munter an der Kostenschraube. Die Folgen sind für den Schweizer Arbeitsplatz fatal, indem immer mehr Betriebe ihre Produktion entsprechend ins billigere Ausland auslagern und sich nur noch auf Verkauf und Montage konzentrieren.

«Meine Konkurrenz sind nicht Betriebe aus der Region oder aus der Schweiz, sondern sie kommen aus Polen und anderen Ost-EU-Ländern», macht Mayer deutlich.

Ungünstig ist auch die Mitte-Links-Mehrheit im Kantonsrat, welche gemäss Mayer alles und insbesondere grüne Anliegen ungeachtet der Kostenfolgen für das produzierende Gewerbe durchboxen kann.

Gerade der jüngste Beschluss, dass der Kanton Zürich nach der Ausrufung des Klimanotstandes vor zwei Jahren nun verbindlich den Klimaschutz in die Kantonsverfassung schreiben will, zeigt auf, dass weitere Forderungen und Belastungen auf die KMU-Betriebe zukommen werden.



Mit symbolischen 10er-Notenbündeln zeigte der Unternehmer und Kantonsrat Paul Mayer eindrücklich auf, wie gross die Last von Abgaben und Gebühren seines Betriebes ist.

Bild zVg

SVP-STAMM

Bezirk Bülach/Embrach
Jeweils am letzten Sonntag im Monat, ab 10.30 bis 12.00 Uhr, Restaurant Rose, Oberembrach.

Bezirk Dielsdorf/Dielsdorf
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant «La Torre», Dielsdorf.

Bezirk Dietikon/Birmensdorf und Urdorf
Jeden ersten Samstag im Monat, ab 10.00 Uhr, im Bistro Alterszentrum am Bach, Birmensdorf.

Bezirk Horgen/Thalwil
Jeden ersten Montag im Monat (ohne Januar und April), ab 19.00 Uhr, Restaurant Höfli, Farbsteig 17, Thalwil.

Bezirk Pfäffikon/Pfäffikon
Jeden ersten Samstag im Monat, von 11 bis 12 Uhr, Restaurant Hecht, Usterstrasse 8, Pfäffikon.

Bezirk Uster/Uster
Jeden letzten Donnerstag im Monat, ab 17.30 Uhr, Bar Enoteca, Tannenaustrasse 23, Uster.

Junge SVP Kanton Zürich
Alle Events der Jungen SVP Kanton Zürich findest du auf unseren Social Media Channels oder auf unserer Website www.jsvp-zh.ch.

Stadt Winterthur/Oberwinterthur
Jeden ersten Donnerstag im Monat, 18.30 Uhr, Restaurant Stadtrain, Römerstrasse 71, Winterthur.

Stadt Winterthur/Wülflingen
Jeden Samstag, 11.00 bis 12.30 Uhr, Taverne zum Hirschen, Lindenplatz 2, Winterthur.

Stadt Zürich/Kreis 4 und 5
Jeden ersten Donnerstag im Monat, ab 18.30 Uhr, Restaurant Kornhaus, Langstrasse 243 (Limmatplatz), Zürich.

Stadt Zürich/Kreis 6
Jeden ersten Montag im Monat, 19.00 Uhr, Wild West Steakhouse Texas, Winterthurerstrasse 175, Zürich.

Stadt Zürich/Kreis 12
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant «Schwamedinge», Schwamendingerplatz 2, Zürich.

SVP-VERANSTALTUNGEN

Bezirk Dielsdorf/Niederglatt
Samstag, 17. Juli 2021, 13:30 Uhr, Die vergessene Schwenkelbergbahn, Erkundung der Bülach-Baden-Bahn Start: Grabenackerstrasse, Oberhasli, mit Nationalrätin Barbara Steinemann, Apéro und Grill.

Bezirk Hinwil/Wald
Sonntag, 12. September 2021, 08.30 Uhr, 27. SVP-Gipfeltreffen, bei Familie Zumbach, Unterbachweg 7, Wald, Beschilderung ab

Dorfkern Thema: Selbstbestimmte Schweiz Referate ab 10.30 Uhr, mit Bundesrat Ueli Maurer, Ständerat Jakob Stark, Nationalrat Mike Egger. Festwirtschaft, musikalische Umrahmung.

Bezirk Meilen/Küsnacht
Donnerstag, 9. September 2021, 19.00 Uhr, Neumitgliederanlass, Gasthof Ochsen, Dorfstrasse 25, Küsnacht, mit Nationalrat Roger Köppel und den Kantonsräten Nina Fehr Düsel und Hans-Peter Amrein.

Bezirk Meilen/Meilen
Donnerstag, 7. Oktober 2021, 19.30 Uhr, Sessionsrapport & Bericht aus dem Kantonsrat, Gasthof zum Löwen, Seestrassse 595, Meilen, mit Nationalrat Roger Köppel und Kantonsrat Hans-Peter Amrein.

Bezirk Meilen/Oetwil am See
1.-August-Feier, beim FC Hüttli, ab 18.00 Uhr, mit Ansprache von Nina Fehr Düsel, Musikband und Essen, Höhefeuer.

Bezirk Meilen / Zollikon
Montag, 06. September 2021, 19.00 Uhr, Höck, Lokalität noch offen, Zollikon, mit Nationalrat Gregor Rutz.

Bezirk Pfäffikon/Russikon
Freitag, 10. September 2021, 18.30 Uhr, Herbst-Party mit Nationalrat Thomas Matter, Landgasthof Krone, Kronenweg 2, Russikon. Anmeldung unter www.mysvp.ch/anmeldung oder 079 458 05 19

Bezirk Uster/Maur
Mittwoch, 14. Juli 2021, 19.00 Uhr, Wurst & Brot mit Nationalrat Bruno Walliser, Grillplatz Guldenenstrasse, Forch. Anmeldung an rafael.wohlgemuth@outlook.com.

Bezirk Winterthur/Hettlingen
Freitag, 17. September 2021, 19.00 Uhr, Schieber-Jass mit zugelostem Partner, Mehrzweckhalle Hettlingen. Einsatz: Fr. 20.–. Anmeldung an eliane.curiger@gmx.ch.

Stadt Winterthur
Donnerstag, 02. September 2021, 20.00 Uhr, Parteiversammlung, Lokalität noch offen, Winterthur.

Mittwoch, 03. November 2021, 20.00 Uhr, Parteiversammlung, Lokalität noch offen, Winterthur.

Sonntag, 07. November 2021, 10.00 Uhr, Spaghetti-Plausch, Lokalität noch offen, Winterthur.

Stadt Winterthur/Oberwinterthur
Samstag, 02. Oktober 2021, 09.00–12.00 Uhr, KMMU-Tagung – Verabschiedung KMMU-Manifest, Optimo Group, Franz-Burckhardt-Strasse 11, Winterthur.

Stadt Winterthur/Wülflingen
Freitag, 10. Dezember 2021, 18.00 Uhr, Chlausabend, Lokalität noch offen, Winterthur-Wülflingen.

Stadt Zürich/Kreis 11
Samstag, 21. August 2021, 09.00 Uhr, Standaktion, Marktplatz, Zürich-Oerlikon.

Samstag, 04. September 2021, 09.00 Uhr, Standaktion, Zehntenhausplatz, Zürich-Affoltern.

Samstag, 11. September 2021, 09.00 Uhr, Standaktion, Kirche Maria Lourdes, Zürich-Seebach.

Samstag, 30. Oktober 2021, 09.00 Uhr, Standaktion, Marktplatz, Zürich-Oerlikon.

Samstag, 06. November 2021, 09.00 Uhr, Standaktion, Zehntenhausplatz, Zürich-Affoltern.

Samstag, 13. November 2021, 09.00 Uhr, Standaktion, Marktplatz, Zürich-Oerlikon.

Samstag, 20. November 2021, 09.00 Uhr, Standaktion, Kirche Maria Lourdes, Zürich-Seebach.

Freitag, 26. November 2021, 18.00 Uhr, SVP-Polit-Apéro mit Kantonsrat und Fraktionspräsident Martin Hübscher, Hotel/Restaurant Landhus, Katzenbachstrasse 10, Zürich. Thema: Die Auswirkungen im Kanton Zürich, wenn Rot-Grün dominiert.

Stadt Zürich/Kreis 12
Samstag, 04. September 2021, 09.00 Uhr, Standaktion, Schwamendingerplatz, Zürich.

Samstag, 11. September 2021, 09.00 Uhr, Standaktion, Schwamendingerplatz, Zürich.

Samstag, 18. September 2021, 09.00 Uhr, Standaktion, Schwamendingerplatz, Zürich.

Samstag, 06. November 2021, 09.00 Uhr, Standaktion, Schwamendingerplatz, Zürich.

Samstag, 13. November 2021, 09.00 Uhr, Standaktion, Schwamendingerplatz, Zürich.

Samstag, 20. November 2021, 09.00 Uhr, Standaktion, Schwamendingerplatz, Zürich.

Stadt Zürich/Kreis 6
Samstag, 11. September 2021, 10.00 Uhr, Standaktion, Schaffhauserplatz, Zürich.

Samstag, 18. September 2021, 10.00 Uhr, Standaktion, Schaffhauserplatz, Zürich.

Samstag, 23. Oktober 2021, 10.00 Uhr, Standaktion, Schaffhauserplatz, Zürich.

Samstag, 30. Oktober 2021, 10.00 Uhr, Standaktion, Rigiplatz, Zürich.

Samstag, 06. November 2021, 10.00 Uhr, Standaktion, Schaffhauserplatz, Zürich.

Samstag, 13. November 2021, 10.00 Uhr, Standaktion, Schaffhauserplatz, Zürich.

Stadt Zürich/Kreis 7 und 8
Samstag, 21. August 2021, 10.00 Uhr, Standaktion, Klusplatz, Zürich.

Samstag, 28. August 2021, 10.00 Uhr, Standaktion, Höschgasse, Zürich-Seefeld.

Samstag, 04. September 2021, 10.00 Uhr, Standaktion, Kreuzplatz, Zürich.

IMPRESSUM

Zürcher Bauer

ISSN 1660-6701
ISSN 2296-3480

Der Zürcher Bote

Offizielles Organ des Zürcher Bauernverbandes.

Offizielles Organ der Schweizerischen Volkspartei des Kantons Zürich.

Abonnementspreis: Für die Schweiz jährlich Fr. 73.– + 2,5 % MwSt. **Redaktion:** ZBV, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, bauernverband@zbv.ch, Ferdi Hodel (FH), Telefon 044 217 77 33, Fax 044 217 77 32. **Insertionspreise:** www.zbv.ch/zuercherbauer/inserate.aspx. **Abonnementsdienst:** Zürcher Bauernverband, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 33, Fax 044 217 77 32, bauernverband@zbv.ch.

Abonnementspreis: Für die Schweiz jährlich für Parteimitglieder Fr. 55.–, für Nichtmitglieder Fr. 75.–. **Redaktion:** SVP, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, zb@svp-zuerich.ch, Martin Suter, Telefon 044 217 77 66. **Insertionspreise:** www.svp-zuerich.ch/zurcher-bote. **Abonnementsdienst:** SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 66, sekretariat@svp-zuerich.ch.

Erscheint jeden Freitag. **Inseratentnahme:** SVP des Kantons Zürich, Robin Ingold, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 66, inserate@svp-zuerich.ch. **Inseratenschluss:** Mittwoch, 12.00 Uhr. **Layout:** cube media AG, Binzstrasse 9, 8045 Zürich. **Druck:** Mittelland Zeitungsdruck AG (AZ Print), Neumattstrasse 1, CH-5001 Aarau.

Samstag, 11. September 2021, 10:00 Uhr, Standaktion, Kirche Fluntern, Zürich.

Samstag, 13. November 2021, 09:00 Uhr, Standaktion, Lindenplatz, Zürich-Altstetten.

Samstag, 18. September 2021, 10:00 Uhr, Standaktion, Kreuzplatz, Zürich.

Samstag, 20. November 2021, 09:00 Uhr, Standaktion, Lindenplatz, Zürich-Altstetten.

Stadt Zürich/Kreis 9
Samstag, 04. September 2021, 09:00 Uhr, Standaktion, Lindenplatz, Zürich-Altstetten.

WEITERE VERANSTALTUNGEN

Freitag, 3. September 2021 bis Sonntag, 5. September 2021, 20:00 Uhr, SVP-Schiessen 2021, Weiningen (Vorschiessen am Freitag, 27. August 2021). Weitere Informationen und Anmeldung unter www.svp-bezirk-dietikon.ch/svp-schiessen-2021.

Samstag, 11. September 2021, 09:00 Uhr, Standaktion, Lindenplatz, Zürich-Altstetten.

Samstag, 18. September 2021, 09:00 Uhr, Standaktion, Lindenplatz, Zürich-Altstetten.

Samstag, 06. November 2021, 09:00 Uhr, Standaktion, Lindenplatz, Zürich-Altstetten.

LESERBRIEF

Impfen als persönlicher Entscheid – ohne Wenn und Aber

Chapeau an Maria Rita-Marty. Unterstützend Folgendes: Impfen ist immer ein persönlicher Entscheid. J/N ist gegenseitig ohne Wenn und Aber zu respektieren und darf niemals irgendwelche Konsequenzen haben, die gegen die Grundrechte und gegen die Würde des Menschen verstossen (Siehe BV Art. 7, 8, 9, 10, 15). Es ist ein Fakt, dass die zeitlich begrenzten Erst-Zulassungen dieser experimentellen mRNA-Impfstoffe in der Schweiz erfolgten. Eine definitive Zulassung, je nach Impfstoffhersteller, steht noch aus. Denn alle Hersteller sind durch diese «Vorfregabe» verpflichtet, Beweise punkto Verträglichkeit (EU Pool +/- 50% Nebenwirkungen «serious»), Wirksamkeit (Israel, +/- 50% der Geimpften mit Delta-Variante infiziert) und Gefährlichkeit (EU Pool, gerundet 2% der gemeldeten Fälle sterben) wissenschaftlich belastbar nachzureichen für die allfällig definitive Zulassung, die so, bis heute, aussteht! Das «Fläschlibild» suggeriert mir, vermeintlich neutral und sachlich, dass diese experimentellen Impfstoffe ungefährlich, ja unbedenklich sind, halt

so wie eine NaCl-Infusion. Dies ist nachweislich nicht der Fall, wie auch der EU Pool klar beschreibt. Fazit EU Pool nach 6 Monaten: Über 726000 Fälle wurden beschrieben. Davon sind ca. 50% «serious». Über 900 werdende Mütter verloren ihre Ungeborenen nach der Impfung. Bei über 660 Todesfällen fehlt die Altersangabe. Über 13000 Tote nach der Impfung, teilweise mit fatalen Verläufen. 20 Tote unter 18 Jahren wurden erfasst, Kinder, Jugendliche, Babies! Auch aus Wisconsin in den USA sind Fakten von CDC/FDA bekannt. Senator Ron Johnson bestätigt, dass innerhalb von nur 6 Monaten 4812 Individuen gestorben sind nach der Impfung. Im Gegensatz dazu tragische 8319 Verstorbenen (USA CDC) durch oder mit C19 in nur 14 Monaten. Zudem meldet Schottland mehr Tote durch C19-Impfungen als kausal an C19 Verstorbenen. Das alles offiziell nicht zu kommunizieren, lässt erheblichen Raum für Spekulationen!

Fabio Borella, SVP-Mitglied, Oberwinterthur

Anmeldung 38. SVP-Schiessen 2021 in Weiningen



Schiessdaten:	Schiesszeiten:
Fr. 27. August 2021	16.00 – 19.00 (Vorschiessen)
Fr. 03. September 2021	16.00 – 19.00
Sa. 04. September 2021	08.00 – 11.30 / 13.30 – 18.00
So. 05. September 2021	08.00 – 11.00

SVP-Schiessen 2021 – MITMACHEN IST ALLES!

Gruppen-Anmeldungen ab 1.6.2021 auf:
svp-bezirk-dietikon.ch/svp-schiessen-2021
Anmeldeschluss 10. August 2021

